



HESSISCHER LANDTAG

21. 04. 2016

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Integration, Inklusion, Akzeptanz und Vielfalt an Hessens Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit und volle gesellschaftliche Teilhabe setzen voraus, dass jeder Mensch ungeachtet seiner ethnischen Herkunft, Religion, Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters, seines Geschlechts oder seiner sexuellen und geschlechtlichen Identität gesellschaftliche Akzeptanz erfährt und sein Leben ohne Beeinträchtigungen und Diskriminierungen gestalten kann.
2. Wir sehen uns in der Verantwortung, die freie Entfaltung der Persönlichkeit der oder des Einzelnen zu fördern und uns für ein offenes, diskriminierungsfreies und wertschätzendes Leben aller Menschen in Hessen einzusetzen.
3. Schulen stehen in einer besonderen Verantwortung, die freie Entfaltung jeder und jedes Einzelnen zu ermöglichen und Diskriminierungen jeder Art entgegenzuwirken. An den Schulen wird Vielfalt im wahrsten Sinne des Wortes gelernt. Schülerinnen und Schüler sollen die Erfahrung machen, dass Menschen vielfältig und unterschiedlich sind.
4. Der Landtag ist sich bewusst, dass an der Verwirklichung dieses Anspruchs an unseren Schulen gearbeitet wird und auch weiter gearbeitet werden muss.
5. Der Landtag begrüßt daher:
 - Dass das Land Hessen der "Koalition gegen Diskriminierung" beigetreten ist.
 - Dass die Landesregierung zusammen mit den Selbstvertretungsorganisationen der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender sowie Trans- und Intersexuellen einen "Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt" erarbeitet. Dazu gehört insbesondere eine bessere Begleitung von jungen Menschen in der immer noch schwierigen Phase des "Coming-outs" und die stärkere Sensibilisierung für das Thema in Schulen auf Basis der bereits vorhandenen SchLAU-Projekte.
 - Dass in den Schuljahren 2014/2015 und 2015/2016 220 zusätzliche Lehrerstellen für den inklusiven Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen zur Verfügung gestellt wurden.
 - Dass die Zahl der Stellen zur Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund im vergangenen und im laufenden Schuljahr um 260 erhöht wurde. Hinzu kommen rund 800 Stellen, die zur Deutschförderung aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen bereitgestellt werden.
 - Dass Kultus- und Sozialministerium ein eigenes Programm "InteA" zur Sprachförderung von Flüchtlingskindern an beruflichen Schulen erarbeitet haben.
 - Dass der bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht eingeführt und im laufenden Schuljahr ausgebaut wurde.
6. Der Landtag bittet die Landesregierung, Integration, Inklusion, Akzeptanz und Vielfalt an Hessens Schulen weiterhin als Daueraufgabe zu verstehen und auch bei Überarbeitungen der Lerninhalte, Lehr- und Lernmaterialien sowie bei der Lehreraus-, Fort- und Weiterbildung zu berücksichtigen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. April 2016

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)